

**Leipzig.** Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr aus gegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!“

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

## Deutschland.

**Preußen. — Berlin.** 8. Juni. Zwischen Frankreich und Oesterreich waren bekanntlich Vorstellungen verabredet, welche über einzuführende Reformen der päpstlichen Regierung gemacht werden sollten. Wie es mit diesen „Vorschlägen“ beschaffen und welcher Sinn der Betheiligung Oesterreichs an dem zu thunenden Schritte beizulegen, haben wir seinerzeit angedeutet. Die päpstliche Regierung hätte also von diesen Vorstellungen eben nicht viel zu fürchten gehabt. Unter allen Umständen hätte es aber Oesterreich nur angenehm sein können, wenn auch dieser Schritt, seines äußern Eindrucks wegen, unterbliebe. Ganz ist dies nun zwar noch nicht erreicht, aber es ist fürs erste doch viel gewonnen. Die Absendung der betreffenden Noten oder Denkschriften ist nämlich vorderhand unterblieben. Der Grund dazu ist, daß Frankreich, wie von unterrichteter Seite aus Paris gemeldet wird, es aus naheliegenden Rücksichten geboten glaubt, weder speciell bei der päpstlichen noch bei einer andern italienischen Regierung die italienische Frage in einem Augenblick in weitere Anregung bringen zu sollen, wo ein Stellvertreter des Papstes in Paris erwartet werde zur Taufe des französischen Prinzen. Aus diesem Grunde muß auch jene weitere Angabe, in welcher von dem Abgang einer englisch-französischen Note an die neapolitanische Regierung die Rede ist, für un begründet erachtet werden. Eine solche Note existirt ebenso wenig als jene angebliche französisch-österreichische, über deren Nichtexistenz wir das Nöthige bereits gesagt haben. Es wird zur bessern Orientirung über die Sachlage gut sein, daran zu erinnern, daß auf den persönlichen Wunsch des Kaisers Napoleon die englische Regierung auch die im Parlament bereits angekündigte Debatte über die italienische Frage bis nach der pariser Taufe auszusetzen versprochen hat. Es steht demnach in jeder Beziehung fest, daß die italienische Frage, wenigstens was ihre weitere Behandlung auf dem diplomatischen Felde betrifft, bis nach den Tauffeierlichkeiten und der Rückkehr des päpstlichen Legaten nach Rom ruhen wird. Was dann geschehen wird, bleibt natürlich abzuwarten. Vorläufig hat die österreichische Diplomatie Zeit gewonnen, und das war das höchste, was sie unter den obwaltenden Umständen überhaupt gewinnen konnte. Jetzt hofft man, daß durch weitere Bemühungen und namentlich durch die bevorstehende Anwesenheit des päpstlichen Stellvertreters in Paris sich auch wol noch ein Weiteres werde erreichen lassen. Aber was läßt sich hier, auch wenn die schönsten Hoffnungen der Diplomatie in Erfüllung gehen, überhaupt erreichen? Höchstens ein weiterer Aufschub oder eine etwas minder urgirende Behandlung der Sache. Die französische Regierung hat ihre Ansichten über die italienischen Verhältnisse zu laut und unverhohlen ausgesprochen, als daß hier an eine principielle Aenderung zu denken wäre, und was England betrifft, so ist es doch wol keine Frage, daß die relativen Rücksichten, die Oesterreich für sich und die italienischen Staaten von Frankreich allenfalls noch erwarten kann, hier gar nicht plaggreifen. Dazu kommt außer dem Allen noch die Gereiztheit des englischen Cabinets gegenüber dem österreichischen aus Anlaß der fortdauernden Occupation der Donaufürstenthümer, und wir hören in dieser Beziehung von einem Notenwechsel zwischen Wien und London reden, dessen Inhalt und ganzer Geist zu dem Allianzvertrage vom 15. April in einem gar sonderbaren Contrast stehen soll. Sollte Oesterreich, wenn es seine Truppen aus den Donaufürstenthümern nicht alsbald zurückzieht, sich nicht schon aus diesem einen Grunde auf einen Contrecoup von Seiten Englands in Italien gefaßt machen müssen? Wir wollen sehen. Der Friede ist wieder da, aber — die Diplomatie geht in diesem Jahre gleichwol noch nicht in die Wälder.

— Man schreibt der kölnischen Zeitung aus Koblenz vom 6. Juni: „Die Trauerkunde eines schrecklichen Unfalls, welcher sich heute Morgen in einem Steinbruch an der mainzer Chaussee in der Nähe der Wasserheilanstalt Laubach zugetragen hat, durchläuft soeben unsere Stadt. Die Arbeiter des Bruchs hatten sich nämlich in der Morgenstunde nach 8 Uhr, als ihnen von den Frauen das Frühstück gebracht wurde, um gegen die rauhe Witterung geschützt zu sein, unter einen untergrabenen Felsblock gesetzt, daselbst ihr Frühstück zu genießen. Da plötzlich vernimmt man ein Getöse vom Rollen der Steine, mehre Arbeiter springen unter dem Felsvorsprunge heraus, der aber sogleich zusammensinkt, wodurch zwei Arbeiter augenblicklich getödtet wurden. Die Leiche eines derselben hat man schwer verflümmelt unter dem Schutt hervorgezogen, die des andern liegt tief begraben unter den Felsenmassen, und man hat nicht sobald Hoffnung, den Verunglückten ans Tageslicht schaffen zu können. Der eine dieser Unglücklichen ist ein Familienvater aus Winnigen und hinterläßt fünf Kinder. Mehre der Anwesenden, welche sich durch schnelle Flucht retteten, sollen mehr oder weniger beschädigt sein.“

**Baiern.** **Δ Aus Baiern.** 6. Juni. Das war jedenfalls der bedeutungsvollste Tag, den unsere gegenwärtige Abgeordnetenkammer noch er-

lebte, als sie gestern zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Gerichtsreform sich versammelte. Die ungeheure Wichtigkeit dieses Themas für unser öffentliches, sogar für unser Privatleben, und das Bewußtsein der Tragweite des zu fassenden Entschlusses hatten sichlich auf die Stimmung der versammelten Deputirten eingewirkt und sich auf mehrfache Weise geäußert. Es war eine Art von feierlicher Sitzung; denn Jeder war sich bewußt und an Jedem war es zu erkennen, daß der Landtag an seinem Culminationspunkte angelangt sei. Doch aber nahm die Verhandlung eine unerwartete, höchst überraschende Wendung. Sie begann damit, daß der Referent Professor Edel seinen Standpunkt und den des von der Regierung eingebrachten Entwurfs beleuchtete. Der erstere ist der des erlassenen, aber nicht in Ausführung gebrachten Gesetzes vom Jahre 1850; es hat von Freunden und Feinden desselben nichts Besseres vorgeschlagen werden können, und seine, des Referenten, Anträge gehen dahin, einstmals wenigstens Stücke dieses alten Gesetzes einzuführen, da das Ganze zu erlangen unmöglich scheine. Der Standpunkt des neuen Entwurfs aber ist der, daß durch ihn einzelne Stücke ausgeführt, das ganze alte Gesetz aber sodann umgangen werden solle. In langer, mit lauschender Aufmerksamkeit gehörter Rede riß Edel die Versammlung so hin, daß bei ihrem Ende von dem Abg. Arnheim der Antrag auf Schluß der Discussion gestellt und zum Erstaunen auch angenommen wurde: ein parlamentarischer Fehler, der sich indes durch reparirte, daß die so plötzlich abgeschlossene Discussion bei der Erörterung des ersten Artikels wiederkehrte. Bei dieser letztern erläuterte zuerst der Justizminister Dr. Ringelmann den obigen Standpunkt des neuen Gesetzentwurfs, ließ es aber unentschieden, ob die Regierung den Ansichten des Ausschusses und des Referenten beitreten könne oder nicht. Dies vor allem verlangte Frhr. v. Lerchenfeld zu wissen; das alte Gesetz sei ein Recht, auf welchem das Volk, auf welchem die Kammer bestehen dürfe; man könne sich zu einem theilweisen Aufschub bestimmen lassen, nimmermehr aber die Grundsätze davon aufgeben. Man müsse von Mißtrauen erfüllt werden gegen ein Ministerium, das ein Gesetz, welches das Leben des Staats in allen seinen Nerven berühre, zuerst eingebracht, verteidigt, sanctionirt und dann, statt es auch auszuführen, sechs Jahre hindurch wieder zu ändern, ja zu vernichten gestrebt habe. Der Minister des Innern Graf Reigersberg erklärte darauf in seiner offenen, prägnanten Art, die Aenderungen, welche der Ausschuss an dem neuen Entwurfe vorgenommen, würden die Zustimmung der Regierung niemals erlangen, und eine Verständigung werde nur möglich sein auf Grundlage der Propositionen der Regierung. Das gab dem Fürsten Wallerstein Anlaß zu bitterer Klage über die Art, wie der Constitutionalismus gehandhabt werde, wie man die Kammer zwingen wolle, entweder nur den Regierungsentwurf anzunehmen oder ohne Resultat nach Hause zu gehen. Er gibt zuerst Aendeutungen, wie die Minister, welche früher für ihr Gesetz gestritten, dahin kommen konnten, ihr eigenes Werk jetzt wieder zu schänden, und sucht die Ursache davon in jenen Regionen, die über ihnen stehen. Die Kammer aber müsse sich treubleiben; dann siele die Verantwortung für das Mislingen auch nicht ihr zur Last. „Werden wir aber heute uns untreu, so zweifle ich, ob ich meine lange politische Laufbahn mit diesem Tage nicht beschließen werde.“ Der zweite Präsident Paur spricht ebenfalls sein Mißtrauen in ein Ministerium aus, das die ganze bestehende Legislation verleugnet, das jetzt Jeden revolutionärer Tendenzen beschuldige, der an einem Gesetze festhält, welches es selbst vor sechs Jahren eingebracht. Die beiden Minister erörtern nochmals ihre Ansichten, der Justizminister wieder unbestimmt und zweifelhaft, der des Innern ganz entschieden. Noch erhebt sich der Abg. Cremer von Dooß, das einzig übriggebliebene Mitglied der Linken früherer Landtage. Er wird jedenfalls gegen das neue Gesetz, auch in der Fassung des Ausschusses, stimmen, denn ihm ist die Nachgiebigkeit längst erschöpft, und er will keinerlei Concession mehr zugestehen. Er prophezeit der Reaction ein schlimmes Ende und verlangt, daß das Volk, das die Regierung bezahle, bei ihr nicht betteln müsse um eine Wohlthat, wo es ein sanctionirtes Recht hat. Zum Schluß ermahnt der Referent Edel zum Aushalten an seinem Ausschussgutachten, welches der einzige zum Ziele führende Weg sei, mit den Worten aufhörend: „Wange machen gilt nicht.“ Es ward über den ersten Artikel, der die principielle Differenz ausdrückt, abgestimmt und mit allen gegen Eine Stimme, des Regierungspräsidenten v. Weiden, zu Gunsten des Ausschusses entschieden. Damit war über den ganzen Entwurf der Stab gebrochen. Der erste Präsident Graf Hegnenberg ersucht den zweiten, seinen Platz einzunehmen, um an den Verhandlungen theilnehmen zu können: er anerkennt die offenen, loyalen Erklärungen des Ministers des Innern, wogegen er den Standpunkt des Justizministers nicht verstehen könne, freilich es auch der Mühe nicht werth halte, ihn verstehen zu lernen. Indessen sei der Art. 1 abgelehnt, das Princip entschieden, und er ersuche